

„beweglichere Ostpolitik" betreiben zu wollen? Warum bringt sie nun nicht wenigstens soviel Beweglichkeit auf, mit dem unmittelbaren östlichen Nachbarn, nämlich der Deutschen Demokratischen Republik, in gleichberechtigte Regierungsverhandlungen einzutreten?

Der 15. Bundesparteitag der westdeutschen CDU und die provokatorischen Reden besonders der Herren Kiesinger und Strauß am 17. Juni haben auf diese Fragen eine unmißverständliche Antwort gegeben. Jene beiden Parteien in Westdeutschland, die sich christlich nennen, setzen die alte gefährliche Großmachtpolitik der Rüstungskonzerne und militaristischen Generale fort. Die Bonner Regierung weigert sich, die Realitäten in Deutschland und in Europa anzuerkennen, und verkündet - wie die Tatsachen zeigen - ganz offen ihr Programm einer verschärften Expansion, um die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren und die Landkarte Europas neu zu zeichnen. Erstes Etappenziel dieser revanchistischen Strategie ist die Deutsche Demokratische Republik, weil sie eine feste Barriere gegen den Drang des deutschen Militarismus nach Osten bildet.

Auf dem CDU-Parteitag als Vorsitzender dieser Partei und am 17. Juni als westdeutscher Kanzler hat Herr Kiesinger die gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichtete Alleinvertretungsmaßnahme zum Kernstück der Bonner Politik erklärt. Der CSU-Vorsitzende, Herr Strauß, hatte bereits in seinem programmatischen Buch „Entwurf für Europa" im Stile imperialistischer Großmannssucht gefordert, „das Gesicht der Welt zu verändern", eine „Neuordnung Europas" nach seinen Vorstellungen „vom Atlantik bis zum Bug und zum Schwarzen Meer" vorzunehmen und zur Verwirklichung dieser kriegerischen Ziele in den Besitz atomarer Waffen zu gelangen. Am 17. Juni setzte Herr Strauß seine gefährlichen Angriffe gegen den Status quo fort und berief sich unter Mißbrauch religiöser Gefühle auf „göttliches Recht", als er zügellos forderte, die „in Jalta, Teheran und Potsdam gezogenen Grenzen auszulöschen".

Dieser Amoklauf gegen die bestehenden Grenzen, gegen die im Potsdamer Abkommen nach der Niederlage des Faschismus verankerte völkerrechtliche Ordnung ist das alte Hegemoniestreben des Finanzkapitals und der militaristischen Generalität, die stets an ihren Profit und die Ausdehnung ihrer Macht dachten, wenn sie von Deutschland redeten. Diese unmenschliche und unchristliche Politik haben Millionen Deutsche in zwei Weltkriegen mit ihrem Gut und mit ihrem Leben bezahlt.